

5 Justiz-, Polizei- und Militärdirektion (JPMD)

Nr. 5.01	<p>Programmpunkt Polizei</p> <p>Strategische Zielsetzungen Betrachtet man die Sicherheit im engeren Sinne - also kriminal- und verkehrspolizeilich - so befindet sich diese auf einem guten Standard. Diesen Standard will die JPMD erhalten und verbessern. Dazu sind grosse Anstrengungen notwendig. Die in letzter Zeit realisierten Massnahmen in den Bereichen Kriminalitätsbekämpfung, Ausländerkriminalität, Bekämpfung der Gewalt im sozialen Nahraum und bei Jugendlichen sowie Verkehrssicherheit sollen weiter entwickelt werden. Dazu gehören neben anderem eine verstärkte Polizeipräsenz im öffentlichen Raum, verstärkte Präventionsangebote für Verkehrsteilnehmende, aber auch für besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen wie Jugendliche und betagte Personen sowie die konsequente Bestrafung und Wegweisung von kriminellen Asylbewerberinnen und Asylbewerbern.</p>	
Nr. 5.01.01	<p>Verkehrssicherheit Stau-Management: Der Souverän hat entschieden, die Behörden zur aktiven Stau-bekämpfung - unter anderem mit einer Stau-Fachstelle - zu verpflichten. Es gilt nun, die Stau-Fachstelle zu installieren und die Zusammenarbeit mit den entsprechenden Fachverbänden sicherzustellen.</p> <p>Verkehrsanalyse: Die neue Fachstelle wird ab 2004 aktuelle Verkehrslagebilder erstellen können. Diese dienen in den nächsten Jahren dazu, zeitgerecht auf die Verkehrssicherheit und das Unfallgeschehen einwirken und sowohl präventive als auch repressive Massnahmen einführen zu können.</p> <p>Abschnittsgeschwindigkeitskontrollanlage (AGK): Mit dieser Massnahme soll die Verkehrssicherheit im Belchentunnel verbessert werden. Die AGK ist in der Lage, die Geschwindigkeit nicht nur an einem bestimmten Querschnittsstandort, sondern über die ganze Tunnelstrecke zu messen. Die Erfahrungen in Holland - wo solche Anlagen seit mehreren Jahren erfolgreich eingesetzt werden - zeigen, dass mit der AGK das Fahrverhalten nachhaltig verbessert wird. Die AGK im Belchentunnel ist gesamtschweizerisch ein Pilotprojekt.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2004 - 2007:</p> <p>0.19 Mio. jährlich</p>
Nr. 5.01.02	<p>Projekt der interkantonalen Polizeischule Hitzkirch Das Polizeikonkordat der Nordwestschweiz, dem auch der Kanton Basel-Landschaft angehört, plant zusammen mit dem Zentralschweizer Polizeikonkordat eine gemeinsame Polizeischule in Hitzkirch (IPH). In der IPH ist eine zehnmonatige Grundausbildung für 230 - 330 Anwärterinnen und Anwärter vorgesehen. Mit der gemeinsamen Polizeischule soll die polizeiliche Aus- und Weiterbildung weiter professionalisiert und optimiert werden. Der Regierungsrat hat diesem Projekt grundsätzlich zugestimmt. Im Schulkonkordat, das vom Landrat zu beschliessen ist, werden jene Fragen geregelt, die für die Gründung und den Betrieb der Schule unabdingbar sind. Stimmen die Schulpartner dem Schulkonkordat zu, kann mit der Betriebsaufnahme der IPH im Herbst 2007 gerechnet werden.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2004 - 2007:</p> <p>2006: 0.15 Mio. In den Folgejahren: 0.40 Mio.</p>

Nr. 5.01.03	<p>Bekämpfung aller Ausprägungen von gewalttätigem Extremismus</p> <p>Der Regierungsrat ist in den letzten drei Jahren mit gezielten Massnahmen gegen aufkeimende Formen von Rechtsextremismus vorgegangen. Auch die Zusammenarbeit mit dem Nachbarkanton Basel-Stadt hat gute Ergebnisse gezeitigt. Die eingesetzten Arbeitsgruppen werden ihre Tätigkeiten weiter führen. Es gilt, die Entwicklung aufmerksam im Auge zu behalten, damit die sinnvollen präventiven und repressiven Vorkehren im Bedarfsfall rasch und gut vorbereitet getroffen werden können. Der Regierungsrat kennt gegenüber dem Rechtsextremismus und anderen Formen des gewalttätigen Extremismus keine Toleranz.</p>	
Nr. 5.03	<p>Programmpunkt Jugendanwaltschaft</p> <p>Strategische Zielsetzungen Betrachtet man die Sicherheit im engeren Sinne - also kriminal- und verkehrspolizeilich - so befindet sich diese auf einem guten Standard. Diesen Standard will die JPMD erhalten und verbessern. Dazu sind grosse Anstrengungen notwendig. Die in letzter Zeit realisierten Massnahmen in den Bereichen Kriminalitätsbekämpfung, Ausländerkriminalität, Bekämpfung der Gewalt im öffentlichen Raum und im sozialen Nahraum sowie im Bereich der Verkehrssicherheit sollen weiter entwickelt werden. Dazu gehören neben anderem eine verstärkte Polizeipräsenz im öffentlichen Raum, verstärkte Präventionsangebote für Verkehrsteilnehmende, aber auch für besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen wie Jugendliche und betagte Personen sowie die konsequente Bestrafung und Wegweisung von kriminellen Asylbewerberinnen und Asylbewerbern.</p>	
Nr. 5.03.01	<p>Verstärkte Prävention im Bereich Jugendkriminalität</p> <p>Die Gewaltanwendung von Jugendlichen und zwischen Jugendlichen hat eine Bedeutung erlangt, die unsere ganze Aufmerksamkeit und Zuwendung erfordert. Jugendanwaltschaft und Polizei haben in den letzten Jahren wirkungsvolle Initiativen entwickelt, speziell durch die Anstellung der Jugendsachbearbeitenden bei der Polizei. Mit der Schaffung einer zusätzlichen Stelle bei der Jugendanwaltschaft per 2004 soll der Präventionsanteil weiter entwickelt werden. Die Zusammenarbeit und die Vernetzung der Personen und Institutionen, die im Jugendhilfebereich tätig sind, muss intensiviert werden. Das im Jahr 2003 gegründete Jugendnetz Basel-Landschaft soll ausgebaut und verfeinert werden. Im repressiven Bereich ist der Einsatz von Electronic Monitoring ("elektronische Fessel") als eigenständige Sanktionsnorm oder als Ersatzmassnahme anstelle der Inhaftierung zu prüfen.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2004 - 2007:</p> <p>0.07 Mio. jährlich</p>
Nr. 5.06	<p>Programmpunkt Bevölkerungsschutz</p> <p>Strategische Zielsetzungen Zum Sicherheitsbegriff im umfassenderen Sinne gehört auch der Bevölkerungsschutz, beispielsweise der Schutz vor Naturgefahren und die Ereignisbewältigung. Die Neukonzeption des Bevölkerungsschutzes und der Armee muss in den nächsten Jahren auch im Kanton Basel-Landschaft umgesetzt werden. Zusammen mit den Gemeinden sind die erforderlichen Massnahmen in betrieblicher, organisatorischer und rechtlicher Beziehung bereitzustellen.</p>	
Nr. 5.06.01	<p>Zivilschutz</p> <p>Die permanente Verfügbarkeit von kantonalen Einsatzformationen in den Bereichen Führungsunterstützung, Atom-Biologie-Chemie, Rettungssanität und Betreuung wird durch den Aufbau einer kantonalen Zivilschutzkompanie sichergestellt.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2004 - 2007:</p> <p>0.36 Mio.</p>

Nr. 5.06.02	<p>Konzipierung und Realisierung von Polycom Basel-Landschaft Polycom ist das neue nationale Sicherheitsnetz der Schweiz für die BORS (Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit = Zivilschutz, Polizei, Feuerwehr, Sanität, Grenzschutz, Teile der Armee und andere). Im Ereignisfall ist die reibungslose Kommunikation zwischen den betroffenen Stellen ein unabdingbarer Erfolgsfaktor. Mit der landesweiten Installierung von Polycom soll erreicht werden, dass die Behörden und Institutionen im Bereich Sicherheit und Rettung problemlos per Funk miteinander kommunizieren können. Das Regionalnetz Polycom Basel-Landschaft bildet im Endausbau einen Teil des schweizerischen Funknetzes für die BORS. Die Planung erfolgt in enger Zusammenarbeit mit Basel-Stadt, dem Grenzschutzkorps und anderen involvierten Stellen. Vorgesehen ist, dass 2004 die Landratsvorlage für das Projekt Polycom erarbeitet wird.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2004 - 2007: Im Investitionsprogramm sind bis 2007 10.0 Mio. eingestellt</p>
Nr. 5.07	<p>Programmpunkt Militär Waffenplatz Liestal</p> <p>Strategische Zielsetzungen Der Waffenplatz Liestal muss gesichert werden. Der Fortbestand des Waffenplatzes Liestal ist erforderlich, damit die Präsenz der Armee in unserer Region und der damit verbundene volkswirtschaftliche Nutzen erhalten werden können. Durch die geplante Restrukturierung der Logistik-, Ausbildungs- und Einsatzinfrastrukturen der Armee gehen auch im Kanton Basel-Landschaft Arbeitsplätze verloren. Der Regierungsrat wird sich mit ganzer Kraft dafür einsetzen, dass der Waffenplatz Liestal erhalten bleibt und dass für die von der Schliessung des Zeughaus Liestal betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gute Lösungen gefunden werden.</p>	
Nr. 5.07.01	<p>Gewährleistung der Dienstleistungen gegenüber der Truppe Der Waffenplatz Liestal soll hervorragende, kundenorientierte Dienstleistungen erbringen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • durch die Bereitstellung von behaglichen und sauberen Unterkünften, • durch die funktionale und betriebssichere Ausbildungsinfrastruktur und • mit seinem motivierten und dienstleistungsorientierten Personal. 	
Nr. 5.07.02	<p>Bildung einer "Groupe de Réflexion" Es wird eine ständige "Groupe de Réflexion" geschaffen, welche den Dialog zwischen der Bevölkerung, den Behörden und der Truppe im Bereich des Waffenplatzes Liestal initialisiert und fördert. Bei allen Beteiligten soll ein Klima des Vertrauens, der gemeinsamen Problemlösungen und der Bereitschaft zur Zusammenarbeit entstehen.</p>	
Nr. 5.09	<p>Programmpunkt Rechtsdienst</p> <p>Strategische Zielsetzungen Mit dem Projekt Effilex findet eine systematische Überprüfung aller kantonalen Rechts-erlasse statt. Unnötige Regelungen sollen abgebaut und die verbleibenden aktualisiert werden. Das laufende Pilotprojekt in der JPMD führte bisher zur Aufhebung oder Änderung von deutlich mehr als einem Dutzend Verordnungen, Dekreten und Gesetzen. Das Pilotprojekt soll im Jahr 2004 in einen Dauerauftrag übergeführt werden.</p>	

<p>Nr. 5.09.01</p>	<p>Projekt Effilex Überprüfung der kantonalen Erlasse auf Notwendigkeit und Aktualität; Weiterführung des Projektes mit folgenden Schritten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Revision des Verwaltungsverfahrensgesetzes • Revision des Einführungsgesetzes zum SchKG • Revision des Dekretes zum SVG • Revision des Dekretes zum Konsumentenschutzverfahren • Revision des Einführungsgesetzes zum StGB • Revision des Einführungsgesetzes zum ZGB • Revision des Datenschutzgesetzes • Revision des Ombudsmangengesetzes (Vorstoss 2002 / 032) • Neues Integrationsgesetz (Vorstoss 2001 / 090) • Revision des Polizeigesetzes (Wegweisung bei häuslicher Gewalt; Vorstoss 2002 / 192) • Revision des Jugendstrafrechtspflegegesetzes (Vorstoss 1995 / 159) • Revision des Gesetzes über die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht • Revision des Filmgesetzes. 	
<p>Nr. 5.10</p>	<p>Programmpunkt Weitere Dienstleistungen C Häusliche Gewalt / Opferhilfe / Kinderschutz</p> <p>Strategische Zielsetzungen Die JPMD versteht sich als Dienstleisterin im Bereich der Sicherheit, wobei der Begriff Sicherheit umfassend definiert ist. Nur der Staat hat das Gewaltmonopol, deshalb ist es auch Auftrag des Staates, von Gewalt Betroffenen Schutz und Hilfe zu gewähren. So verstanden gehören neben der Bekämpfung der Gewalt im sozialen Nahraum auch die Belange des Kinderschutzes und der Opferhilfe zum Produkt „Sicherheit“. Deshalb werden die Opferhilfe und der Kinderschutz in der nächsten Legislatur von besonderer Bedeutung sein.</p>	
<p>Nr. 5.10.20</p>	<p>Schutz gewaltbetroffener Menschen Die Gesellschaft ändert sich, es entstehen neue Bedürfnisse, aber auch neue Notwendigkeiten zur Bekämpfung von Taten gegen Leib und Leben. Um diesen Notwendigkeiten gerecht zu werden, wird in der JPMD ein Kompetenzzentrum für den Schutz von Opfern von Gewalttaten gebildet. Dieses umfasst neben den bereits bestehenden Bereichen der Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt und der Arbeit der Jugendanwaltschaft die neu strukturierte Opferhilfe und die Einrichtung einer Kinderschutzfachstelle. Aufgabe dieses Kompetenzzentrums wird es sein, die Aktivitäten zu bündeln, Synergien zu nutzen, die Vernetzung herzustellen und als Ansprechpartner für Behörden und Institutionen zu dienen.</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen 2004 - 2007: ab 2004: 0.16 Mio. jährlich für die Fachstelle Kinderschutz</p>